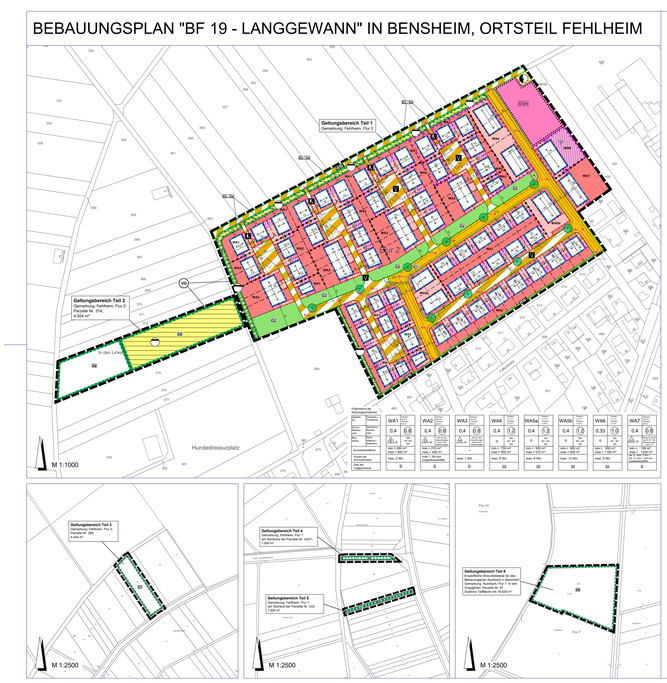
# BEBAUUNGSPLAN "BF 19 - LANGGEWANN" IN BENSHEIM, ORTSTEIL FEHLHEIM




## LEGENDE

ART DER BAULICHEN NUTZUNG (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB)

| | |
|---|---|
| WA 1,0 | Allgemeines Wohngebiet (§ 4 BauNVO) |

MASS DER BAULICHEN NUTZUNG (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB)

| | |
|---|---|
| 0,4 | Grundflächenzahl als Höchstmaß (§ 16 Abs. 2 BauNVO, § 19 BauNVO -beispiel-) |
| E/D | Geschossflächenzahl als Höchstmaß (§ 16 Abs. 2 BauNVO, §20 BauNVO -beispiel-) |
| FH max= | Firsthöhe als Höchstmaß |
| TH max= | Traufhöhe als Höchstmaß |
| min.= 200m² | Grundstücksfläche als Mindestmaß -beispiel- |
| max.= 400 m² | Grundstücksfläche als Höchstmaß -beispiel- |
| II | Zahl der Vollgeschosse Höchstgrenze (§ 16 Abs. 2 BauNVO, § 20 BauNVO -beispiel- |
| WD 42 | Bezugspunkt (U) in für Festsetzung der Höhe baulicher Anlagen: Höhen über Normalhöhen-Null (NHN) (§ 9 Abs. 3 BauNVO) |

BAUWEISE, ÜBERBAUBARE FLÄCHEN, STELLUNG BAULICHER ANLAGEN (§ 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB)

| | |
|---|---|
| o | offene Bauweise (§ 22 Abs. 2 BauNVO) |
| | nur Einzelhäuser zulässig (§ 22 Abs. 2 BauNVO) |
| | nur Doppelhäuser zulässig (§ 22 Abs. 2 BauNVO) |
| | nur Hausgruppen zulässig (§ 22 Abs. 2 BauNVO) |
| | nur Einzel- und Doppelhäuser zulässig (§ 22 Abs. 2 BauNVO) |
| | Baugrenze (§ 23 Abs. 1 und 3 BauNVO) |
| | Firstrichtung |

FLÄCHEN FÜR NEBENANLAGEN, STELLPLÄTZE UND GARAGEN (§ 9 Abs. 1 Nr. 4 BauGB)

| | |
|---|---|
| | Flächen für Stellplätze-keine Textliche Festsetzungen- |
| | Flächen für Stellplätze und Garagen -siehe Textliche Festsetzungen- |

FLÄCHEN FÜR DEN GEMEINBEDARF (§ 9 Abs. 1 Nr. 5 BauGB)

| | |
|---|---|
| | Flächen für den Gemeinbedarf |
| | Zweckbestimmung: Dorfgemeinschaftshaus |

HÖCHSTZULÄSSIGE ZAHL DER WOHNUNGEN IN WOHNGEBÄUDEN (§ 9 Abs. 1 Nr. 6 BauGB)

| | |
|---|---|
| max. 12 WE | höchstzulässige Zahl der Wohnungen pro Wohngebäude -beispiel- |

VERKEHRSFLÄCHEN (§ 9 Abs. 1 Nr. 11 BauGB)

| | |
|---|---|
| | Straßenverkehrsflächen als Gehweg |
| | Verkehrsflächen besonderer Zweckbestimmung |
| | Zweckbestimmung: Verkehrsberuhigter Bereich |
| | Zweckbestimmung: Gehweg |
| | Zweckbestimmung: Fußweg |
| | Straßenbegrenzungslinie |

GRÜNFLÄCHEN (§ 9 Abs. 1 Nr. 15 BauGB)

| | |
|---|---|
| | öffentliche Grünfläche, Begrenzungs- und Erhaltungsraum |

FLÄCHEN FÜR VERSORGUNGSANLAGEN, FÜR DIE ABWASSERBESEITIGUNG EINSCHLIESSLICH DER RÜCKHALTUNG UND VERSICKERUNG VON NIEDERSCHLAGSWASSER (§ 9 Abs. 1 Nr. 12 und 14 BauGB)

| | |
|---|---|
| | Flächen für Versorgungsanlagen und Flächen für die Rückhaltung und Versickerung von Niederschlagswasser |
| | Zweckbestimmung: Regenwasserbewirtschaftung |
| | Zweckbestimmung: Energiezentrale |

FLÄCHEN UNDER MASSNAHMEN ZUM SCHUTZ, ZUR PFLEGE UND ZUR ENTWICKLUNG VON BODEN, NATUR UND LANDSCHAFT (§ 9 Abs. 1 Nr. 20 BauGB)

| | |
|---|---|
| | Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft |
| | Grünordnerische und landschaftspflegerische Maßnahmen |
| | Maßnahmen auf öffentlicher Flächen -Beschreibung der Maßnahmen siehe textliche Festsetzungen- |

FLÄCHEN FÜR BESONDERE ANLAGEN UND VORKEHRUNGEN ZUM SCHUTZ VOR SCHÄDLICHEN UMWELTEINWIRKUNGEN (§ 9 Abs. 1 Nr. 24 BauGB) (§ 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB)

| | |
|---|---|
| | Vorkehrungen zum Schutz vor Gewerbelärm -siehe Textliche Festsetzungen- |

FLÄCHEN FÜR DAS ANPFLANZEN VON BÄUMEN UND STRÄUCHERN UND SONSTIGEN BEPFLANZUNGEN (§ 9 Abs. 1 Nr. 25 BauGB)

| | |
|---|---|
| | zu pflanzender Baum |

KENNZEICHNUNGEN (§ 9 Abs. 5 BauGB)

| | |
|---|---|
| | Gesamter Geltungsbereich: Versickerungsgefährdetes Gebiet |

SONSTIGES

| | |
|---|---|
| 4.80 M | Abgrenzung der räumlichen Geltungsbereiche, Teilbereiche 1-6 (§ 9 Abs. 7 BauGB) |
| | Abgrenzung unterschiedlicher Nutzungen (§ 16 Abs. 5, § 19 Abs. 4 BauNVO) |
| DN 30°-45° | Dachneigung (§ 81 Abs. 1 Nr. 1 HBO -beispiel- |
| SD | Satteldach |

INFORMATIVE PLANENEINZEICHNUNGEN

| | |
|---|---|
| max. 3 m | Einzelbaum |
| | Einteilung der Straßenbemessungsklasse mit Gehwegen, Wendeschleife, Stellplätze (öffentlich) -beispiel- |
| | Aufschüttsfläche für Abfallbehälter |

## TEXTLICHE FESTSETZUNGEN

In Ergänzung der Planzeichnung wird folgendes textlich festgesetzt:

### A FLÄCHEN FÜR DAS ANPFLANZEN

**1 Art der baulichen Nutzung (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB)**

**1.1 WA = Allgemeines Wohngebiet (§ 4 BauNVO)**

Zulässig sind:
- Wohngebäude,
- die der Versorgung des Gebiets dienenden Läden, Schank- und Speisewirtschaften sowie nicht störenden Handwerksbetriebe.

Ausnahmsweise können zugelassen werden:
- Anlagen für kulturelle, soziale, gesundheitliche und sportliche Zwecke (§ 1 Abs. 9 BauNVO)
- Betriebe des Beherbergungsgewerbes,
- sonstige nicht störende Gewerbebetriebe.

Unzulässig sind (§ 1 Abs. 6 Nr. 1 BauNVO):
- Anlagen für Verwaltungen,
- Anlagen für kirchliche Zwecke
- Gartenbaubetriebe,
- Tankstellen.

**2 Maß der baulichen Nutzung (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB)**

Die Festsetzung des Maßes der baulichen Nutzung erfolgt über die Festsetzung von Grundflächenzahl (§ 16 und § 19 BauNVO) und Geschossflächenzahl (§ 16 und § 20 BauNVO) sowie durch Festsetzung der Höhe baulicher Anlagen (§ 16 BauNVO) sowie der zulässigen Zahl der Vollgeschosse (16 und § 20 BauNVO).

**2.1 Grund- und Geschossflächenzahl**

Die zulässigen Grund- und Geschossflächenzahlen sind den Nutzungsschablonen in der Planzeichnung zu entnehmen.

**2.2 Höhe baulicher Anlagen**

Die zulässigen Höhen sind den Nutzungsschablonen in der Planzeichnung zu entnehmen.

Die festgesetzten maximalen Firsthöhen (FHmax) werden definiert als das senkrecht an der Außenwand gemessene Maß zwischen dem Bezugspunkt und dem höchsten Punkt der Dachfläche.

Die jeweils festgesetzte maximale Traufhöhe (THmax) wird definiert als das senkrecht an der Außenwand gemessene Maß zwischen dem Bezugspunkt und dem Schnittpunkt der Außenwand mit der Oberkante der Dachhaut oder deren gedachter Verlängerung.

Unterer Bezugspunkt für die festgesetzten Trauf- und Firsthöhen ist die von der Mitte der jeweiligen erschließenden Grundstücksgrenze nächstgelegene Straßenoberkante (gemessen in der Fahrbahnmitte). Ist eine Grundstücksgrenze nicht erschlossen, gilt der Bezugspunkt als festgesetzt, wenn er sich gleichartig zu ersteren. Nicht mit Gebäuden bestandene Flächen sind zu bepflanzen und zu begrünen.

**Maßnahmen auf öffentlichen Grünflächen nach § 9 Abs. 1 Nr. 25 a BauGB**

**2.3 Maximale Anzahl der Vollgeschosse**

Die zulässige Anzahl der Vollgeschosse ist den Nutzungsschablonen in der Planzeichnung zu entnehmen.

**3 Größe der Baugrundstücke (§ 9 Abs. 1 Nr. 3 BauGB)**

Die Mindest- und Höchstmaße der Baugrundstücke werden entsprechend der Nutzungsschablonen auf der Planzeichnung festgesetzt.

**4 Flächen für Stellplätze und Garagen (§ 9 Abs. 1 Nr. 4 BauGB i.V.m. § 9 Abs. 3 BauGB)**

**4.1 Baufelder WA 1 – WA 3, WA 6, WA 7**

Stellplätze sind ausschließlich innerhalb der folgenden Flächen zulässig:
- überbaubare Grundstücksflächen (Baufelder)
- Flächen für Stellplätze
- Flächen für Stellplätze und Garagen

Garagen und überdachte Stellplätze (Carports) sind ausschließlich innerhalb der folgenden Flächen zulässig:
- überbaubare Grundstücksflächen (Baufelder)
- Flächen für Stellplätze und Garagen

**4.2 Baufelder WA 4, WA 5a, WA 5b**

In den Baufeldern WA 4 und WA 5b sind Stellplätze ausschließlich in Tiefgaragen folgender Flächen zulässig:
- überbaubare Grundstücksflächen (Baufelder)
- Flächen für Stellplätze und Garagen.

Abweichend davon sind zur Sicherstellung der Barrierefreiheit je Gebäude 3 Stellplätze oberirdisch zulässig.

Im WA 5a sind Stellplätze oberhalb sowie unterhalb der Geländeoberfläche (Tiefgarage) auf folgenden Flächen zulässig:
- überbaubare Grundstücksflächen (Baufelder)
- Flächen für Stellplätze und Garagen.

Abweichend davon sind je Gebäude 3 Stellplätze oberhalb der Geländeoberfläche zulässig, um die Barrierefreiheit zu garantieren.

**5 Fläche für Gemeinbedarf (§ 9 Abs. 1 Nr. 5 BauGB i.V.m. § 9 Abs. 3 BauGB und § 1 Abs. 6 Nr. 2 BauNVO i.V.m. § 14 Abs. 2 BauNVO)**

**hier: Zweckbestimmung Dorfgemeinschaftshaus (DGH)**

Innerhalb der Fläche für Gemeinbedarf mit der Zweckbestimmung DGH dürfen neben Haupt- und Nebenanlagen eine dem Gebäude dienende unterirdische Anlage zur Löschwasserspeicherung errichtet werden.

**6 Versorgungsflächen (§ 9 Abs. 1 Nr. 12 BauGB), Zweckbestimmung Energiezentrale**

Innerhalb der gegenüberliegenden Fläche sind dem Plangebiet zugeordnete Anlagen zur dezentralen Energie-, Heizung, Verteilung, Nutzung und Speicherung von Strom, Wärme oder Kälte aus erneuerbaren Energien oder Kraft-Wärme-Kopplung zulässig.

**7 Flächen für Maßnahmen zum Schutz vor Gewerbelärm (§ 9 Abs. 1 Nr. 24 BauGB i.V.m. § 9 Abs. 2 Nr. 2 BauGB)**

Innerhalb der ausgewiesenen Fläche ist die Nutzung von Pflichtgaragen mit einer Zufahrt, wenn die durch einen städtebaulichen Vertrag zu sichernde Lärmschutzwand auf dem Schlossgrundstück in der Flur 2 nicht errichtet ist.

**8 Öffentliche Grünflächen (§ 9 Abs. 1 Nr. 15 BauGB)**

**Zweckbestimmung „Erholungs- und Begegnungsraum"**

Innerhalb der öffentlichen Grünflächen sind Aufbau, Lage, Ausrichtung / Erhaltung des Gebiets dienende Anlagen sowie Kinderspielplätze zulässig.

**9 Maßnahmen und Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft (§ 9 Abs. 1 Nr. 20 i. V. m. Nrn. 14, 15 und 25a BauGB)**

**9.1 Oberflächenwasser ist Eigentümersache !**

Befestigte, nicht überdachte Flächen sind flächenhaft durch wasserdurchlässige, wasserschlechte Belage nicht entgegenstehen, wasserdurchlässig herzustellen. Als wasserschlechtiger Belage gelten z.a. wassergebundene Decken, Pflasterbeläge, Pflasterbeläge mit einem Fugenanteil von mindestens 20 % und Einfachrasengittersteine wie z.B. Schotterrasen und wasserdurchlässiges Asphaltbeton.

Nicht verwendet sind nicht schädlich verunreinigtes Oberflächenwasser einschließlich Niederschlagswasser, das über Dachflächen abfließt, sowie Wasser, das über Straßen darf nicht in die öffentliche Fläche entlassen werden, sondern ist innerhalb des Grundstücke zu versickern. Dabei sind Anlagen zur dezentralen Versickerung von nicht schädlich verunreinigtem Niederschlagswasser gemäß Arbeitsblatt DVWA-A 138 anzuregen. Die entsprechenden Nachweise zur Versickerungsfähigkeit des Untergrundes und mit der Entwässerungsplanung des Grundstücke vorzulegen.

**9.2** Innerhalb des gesamten Geltungsbereiches des Bebauungsplanes sind für die Außenbeleuchtung ausschließlich insektenfreundliche LED-Leuchten zulässig.

**9.3 Grünordnung in Teilgeltungsbereich 1**

*Die Festsetzungen zur Grünordnung und zur Pflege von Natur und Landschaft werden der einfachen Eigentümer differenziert:*

*„P:"* Festsetzungen auf privaten Flächen

*„Ö"* Festsetzungen auf öffentlichen Flächen

**Anpflanzen von Bäumen, Sträuchern und sonstiger Bepflanzung auf privaten Grundstücken nach § 9 (1) Nr. 25 a BauGB**

**P - Gestaltung der Grundstücksfreiflächen**

Die nicht überbauten Grundstücksflächen bebauter Baugrundstücke sind landschaftsgerecht bzw. gärtnerisch anzulegen und dauerhaft zu unterhalten, soweit sie nicht für die zulässige Nutzung befestigt werden.

Die nicht überbauten Flächen bebauter Baugrundstücksflächen sind als standortgerechte, artenreiche und strukturreiche Gehölzpflanzungen mit heimischen Sträuchern und Pflanzqualität siehe Anlage Pflanzarten) zu pflanzen und dauerhaft zu unterhalten. Teilgarten sind mit einem Baum pro angefangenen 200 qm anzupflanzen. Ausgenommen sind hier Obstbäume in Hochstammqualität.

Unterer Bezugspunkt für die festgesetzten Trauf- und Firsthöhen ist die von der Mitte der jeweiligen erschließenden Grundstücksgrenze nächstgelegene Straßenoberkante (gemessen in der Fahrbahnmitte). Ist eine Grundstücksgrenze nicht erschlossen, gilt der Bezugspunkt als festgesetzt, wenn er sich gleichartig zu ersteren. Nicht mit Gebäuden bestandene Flächen sind zu bepflanzen und zu begrünen.

**Maßnahmen auf öffentlichen Grünflächen nach § 9 Abs. 1 Nr. 25 a BauGB**

**Ö1: Begrünung des öffentlichen Verkehrsraumes mit Bäumen**

Die innerhalb der öffentlichen Verkehrsflächen festgesetzten Laubbäume sind fachgerecht mit standortheimischen Laubbäumen zu pflanzen und dauerhaft zu erhalten. Die Bäume sind mit einer Mindestpflanzqualität, Hochstamm, Stammumfang 18 – 20 cm, mit Drahtballierung, Leitast, Baumschutz zu pflanzen. Die Standorte können innerhalb von Einschränkungen um bis zu 10 m verschieben werden.

**Maßnahmen auf öffentlichen Grünflächen nach § 9 Abs. 1 Nr. 15 und § 9 Abs. 1 Nr. 25 a BauGB**

**Ö2: Begrünung der Grünachse (2.093 m²)**

Die Grünachse ist als mit Bäumen bestandene Wiese zu gestalten. Fußwege mit wassergebundener Decke sind zulässig und sind mit einer Breite von 2,5 m anzulegen. Als Spielgeräten sowie die Anlage naturnah gestalteter Aktivelnheiten der Oberflächenentwässerung sind zulässig.

Nach Abschluss der Erdarbeiten ist die mit einer standortgemäßen Grasmischung (Landschaftsrasen) einzusäen und dauerhaft zu unterhalten. Die Bäume sind mit Hochstamm, Anwuchsgarantie, Stammumfang 10-12 cm, Drahtballierung, Leitast, Baumschutz zu pflanzen. Bei der Artenauswahl ist auf regionaltypische heimische Obstsorten zu achten (75 Apfelbäume, 25 Birnenbäume, 20 Zwetschgenbäume, 10 Kirschbäume, 5 Walnussbäume). Die Bäume sind durch Erdwälle und Hecken vor Beschädigungen durch Wildverbiss zu schützen.

Die Wiese ist durch Anlage einer Rasenmischung mit einer standortgerechten Grasmischung (Landschaftsrasen) einzusäen und dauerhaft zu unterhalten. Die Bäume sind mit Hochstamm, Anwuchsgarantie, Stammumfang 10-12 cm, Drahtballierung, Leitast, Baumschutz zu pflanzen. Bei der Artenauswahl ist auf regionaltypische heimische Obstsorten zu achten (75 Apfelbäume, 25 Birnenbäume, 20 Zwetschgenbäume, 10 Kirschbäume, 5 Walnussbäume). Die Bäume sind durch Erdwälle und Hecken vor Beschädigungen durch Wildverbiss zu schützen, welche die Baumpflanzungen nicht behindern.

**Maßnahmen auf öffentlichen Flächen nach § 9 (1) Nr. 20 BauGB**

**Ö3: Naturnahe Gestaltung der Versickerungsmulden (1.950 m²)**

Auf der mit Ö3 gekennzeichneten Fläche sind die Entwässerungsmulden naturnah als Grünflächen auszubilden und ihre Bepflanzung, Böschungsneigungen (1:3 bis 1:4, innerhalb des Grabens geschlungen) anzulegen. Nach Abschluss der technischen Arbeiten sind die Flächen mit einer standortgerechten Grasmischung (Initialansaat mit 10 g/m² Regelsaatgutmischung RSM 8, Böschungsneigung 1:3 ansäuren und manchmal 2-mal pro Jahr zu mähen. Soweit entwässerungstechnisch erforderlich sind Gehölze in Form von Hecken und Sträuchern nur in der Vegetationsruhe im Zeitraum Oktober bis Februar zulässig.

**Ö4: Randeingrünung mit Bäumen**

Auf der mit Ö4/Ö5 gekennzeichneten Fläche sind südlich entlang der Entsäsenungsmulden mindestens 25 Laubbäume (Arteneauswahl und Pflanzqualität siehe Anlage Pflanzarten) und in Gruppen mit 3 weiteren Bäumen zu pflanzen und dauerhaft zu unterhalten. Die Bäume sind mit Hochstamm, Anwuchsgarantie, Stammumfang 10-12 cm, Drahtballierung, Leitast, Baumschutz zu pflanzen. Bei der Artenauswahl ist auf regionaltypische heimische Obstsorten zu achten (75 Apfelbäume, 25 Birnenbäume, 20 Zwetschgenbäume, 10 Kirschbäume, 5 Walnussbäume). Die Bäume sind durch Erdwälle und Hecken vor Beschädigungen durch Wildverbiss zu schützen, welche die Baumpflanzungen nicht behindern.

**Ö5: Naturnahe Gestaltung der Versickerungsmulden (1.950 m²)**

Auf der mit Ö5 gekennzeichneten Fläche sind die Entwässerungsmulden naturnah als Grünflächen auszubilden und ihre Bepflanzung, Böschungsneigungen (1:3 bis 1:4, innerhalb des Grabens geschlungen) anzulegen. Nach Abschluss der technischen Arbeiten sind die Flächen mit einer standortgerechten Grasmischung (Initialansaat mit 10 g/m² Regelsaatgutmischung RSM 8, Böschungsneigung 1:3 ansäuren und manchmal 2-mal pro Jahr zu mähen. Soweit entwässerungstechnisch erforderlich sind Gehölze in Form von Hecken und Sträuchern nur in der Vegetationsruhe im Zeitraum Oktober bis Februar zulässig.

**Ö6: Randeingrünung mit Bäumen**

Auf der mit Ö4/Ö5 gekennzeichneten Fläche sind südlich entlang der Entsäsenungsmulden mindestens 25 Laubbäume (Arteneauswahl und Pflanzqualität siehe Anlage Pflanzarten) und in Gruppen mit 3 weiteren Bäumen zu pflanzen und dauerhaft zu unterhalten. Die Bäume sind mit Hochstamm, Anwuchsgarantie, Stammumfang 10-12 cm, Drahtballierung, Leitast, Baumschutz zu pflanzen. Bei der Artenauswahl ist auf regionaltypische heimische Obstsorten zu achten (75 Apfelbäume, 25 Birnenbäume, 20 Zwetschgenbäume, 10 Kirschbäume, 5 Walnussbäume). Die Bäume sind durch Erdwälle und Hecken vor Beschädigungen durch Wildverbiss zu schützen, welche die Baumpflanzungen nicht behindern.

**10 Zuordnungsfestsetzung nach § 9 Abs. 1a BauGB i.V. mit Nr. 139 a – e BauGB**

**10.1 Eingriffsflächen „Öffentlich"**

Die Eingriffsflächen „Öffentlich" werden die Kompensationsflächen wie folgt zugeordnet:

- im Teilgeltungsbereich 2, Gemarkung Fehlheim, Flur 2, Parzelle Nr. 374, Anteilig mit 15.696,34 Biotopbewertungspunkten und einem Flächenanteil von 1.574,70 m²
- im Teilgeltungsbereich 3, Gemarkung Fehlheim, Flur 2, Parzelle Nr. 288, Anteilig mit 17.054,28 Biotopbewertungspunkten und einem Flächenanteil von 1.421,19 m²
- im Teilgeltungsbereich 4, Gemarkung Fehlheim, Flur 1, Parzelle Nr. 433 Anteilig mit 3.827,60 Biotopbewertungspunkten und einem Flächenanteil von 319,80 m²
- im Teilgeltungsbereich 5, Gemarkung Fehlheim, Flur 1, Parzelle Nr. 432 (1) Anteilig mit 3.827,60 Biotopbewertungspunkten und einem Flächenanteil von 319,80 m²
- Auf dem Ökokonto mit der Ökokontonummer DUNBHHBHP (Bah), Ökokonto-17200, Maßnahme Nr. H_AG_505867 („Feldahorngarten"), Gemarkung Reichenbach, Flur 16, Flurstücksnr.: 1/1 teilw.: Anteilig mit 142.899,23 Biotopbewertungspunkten und einem Flächenanteil von 9.409,37 m²

**10.2 Eingriffsflächen „Privat"**

Den Eingriffsflächen „Privat" werden die Kompensationsflächen wie folgt zugeordnet:

- im Teilgeltungsbereich 2, Gemarkung Fehlheim, Flur 2, Parzelle Nr. 374, Anteilig mit 40.191,66 Biotopbewertungspunkten und einem Flächenanteil von 3.349,30 m²
- im Teilgeltungsbereich 3, Gemarkung Fehlheim, Flur 2, Parzelle Nr. 288, Anteilig mit 36.275,73 Biotopbewertungspunkten und einem Flächenanteil von 1.522,81 m²
- im Teilgeltungsbereich 4, Gemarkung Fehlheim, Flur 1, Parzelle Nr. 433, Anteilig mit 8.162,40 Biotopbewertungspunkten und einem Flächenanteil von 680,20 m²
- im Teilgeltungsbereich 5, Gemarkung Fehlheim, Flur 1, Parzelle Nr. 432/1, Anteilig mit 8.162,40 Biotopbewertungspunkten und einem Flächenanteil von 680,20 m²
- Auf dem Ökokonto mit der Ökokontonummer DUNBHHBHP (Bah), Ökokonto-17200, Maßnahme Nr. H_AG_505867 („Feldahorngarten"), Gemarkung Reichenbach, Flur 16, Flurstücksnr.: 1/1 teilw.: Anteilig mit 304.067,77 Biotopbewertungspunkten und einem Flächenanteil von 17.866,34 m².

*Hinweis:*

*Auf die Satzung zur Erhebung von Kostenersatzungsbeiträgen nach § 135 a-c BauGB der Stadt Bensheim vom 31.10.2002 wird hingewiesen.*

**11 Technische Maßnahmen zur Erzeugung von Strom aus erneuerbaren Energien (§ 9 Abs. 1 Nr. 23b BauGB)**

Bei der Errichtung von Hauptgebäuden in allen Allgemeinen Wohngebieten (WA 1 – 7) sind Photovoltaikanlagen auf den Dachflächen zu errichten. Bei einer Firstrichtung nach:

- Nordwest-Südost sind mindestens 40% der gesamten Dachfläche des Hauptgebäudes mit Photovoltaikmodulen auszustatten. Die anteilige Verschattung dieser 40% auf die beiden Dachhälften des Satteldaches bleibt dem Bauherren überlassen.
- Nordost-Südwest sind mindestens 40% der gesamten Dachfläche des Hauptgebäudes mit Photovoltaikmodulen auszustatten. Die anteilige Verschattung dieser 40% auf die beiden Dachhälften des Satteldaches bleibt dem Bauherren überlassen.

Die Dachneigungen sind der Farbliste Rot bis Rotbraun bzw. Anthrazit zu wählen.

**12 Einfriedungen und deren Gestaltung (§ 91 Abs. 1 Nr. 3 HBO)**

*Zu den öffentlichen Verkehrsflächen hin sind die Einfriedungen der Keller als wasserundurchlässiger Stahlbetonkonstruktion ("weiße Wanne") vorzunehmen. In der Bauphase notwendige Grundwasserabsenkungen sind während dieser Vorgänge durch die Kreises Bergstraße, nach vorheriger Klärung der Ableitung des abgepumpten Wassers, zu genehmigen.*

*Kritik Kommunalverband hätten begründet.*

Es sind empfohlen einfachen hinterlüftungsgemäßen Fassaden zu sammeln.

*Verzichtung von Wiederholtbaumasser*

*Durch geschlechtliche Bestimmungen wird empfohlen, nicht verunreinigte Niederschlagswasser, welches nicht zurückgehalten werden kann durch Rigolen- oder Rohrrigolenanlagen zur Versickerung (§ 37 HWG) oder offenen Mulden/rinnen oder der Eingriff in den nicht überbauten Bereich der privaten Grundstücksfläche möglichst gering zu halten. Die Versickerungsanlagen sind nach den allgemeinen Regeln der Technik (Arbeitsblatt DVWA-A 138) zu bemessen und herzustellen.*

*Kompensation aus der Eingriffs-/Ausgleichsregelung*

*Die Kompensation der durch die Planung zulässigen Eingriffe erfolgt zum Teil durch die Maßnahmen im Teilgeltungsbereich 1 sowie insbesondere durch Maßnahmen auf den Ackerstufe in den Teilbereichen 2 bis 5. Der Teilgeltungsbereich 6 dient dem Ausgleich der Artenschutzbelange (Feldlerche, Rebhuhn, Grauammer, Wachtel, Turmfalke).*

*Der verbleibende nach der renaturierten Kompensationsverordnung ermittelte Kompensationsbedarf wird durch Zuordnung von 29.296 m² Ökokonto-17200 Maßnahme Nr. H_AG_505867 („Feldahorngarten") in Höhe von 17.866 Biotopwertpunkten ausgeglichen.*

*Als Maßnahme zur Vermeidung des Eintretens des Tötungsverbotes gemäß § 44 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG sind gemäß § 44 Abs. 1 Nr. 2 BNatSchG sowie des Beschädigungsverbotes nach § 44 Abs. 1 Nr. 3 BNatSchG sind Rodungsarbeiten auf den Zeitraum November bis Februar zu beschränken.*

*Artenschutz*

*Auf Grund der festgestellten besonderen artenschutzrechtlichen Relevanz wurde durch das Planungsbüro Gall, Landschaftsplanung und Ökologie, Butzbach ein Gutachten erstellt. Aus dem Gutachten wurden die Maßnahmen für die Vermeidung, die Minderung und die Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen abgeleitet und in den Festsetzungen in Form der Verankerung in den Bebauungsplan übernommen (siehe Punkt 5.0 Bericht).*

*Die Umsetzung der artenschutzrechtlichen Maßnahmen ist Bestandteil der Genehmigung und Grundlage für die Erteilung der Baugenehmigung.*

*Hinweis: Hinweis verwendendes und nicht schädlich verunreinigtes Oberflächenwasser einschließlich des auf befestigten Flächen abfließenden Niederschlagswassers ist innerhalb des auf öffentlicher Fläche entwässert werden*

*Meter ist für die artenschutzrechtlichen Maßnahmen als Monitoring über 5 Jahre als Bestandteil der Umsetzungsmaßnahmen durchzuführen und mit der Unteren Naturschutzbehörde abzustimmen.*

**E Kennzeichnungen nach § 9 Abs. 5 BauGB**

Das Plangebiet liegt innerhalb des Gefährdungsbereiches des Grundwasserschutzfestsetzungsbereiches Hessisches Ried. Innerhalb des Planbereiches können daher bauliche Sicherungsmaßnahmen gegen Naturgewalten (hier, hohe Grundwasserstände) erforderlich werden. Der Bemessungswasserstand ist dem bei der Unteren Bauaufsichtsbehörde vorliegenden Gutachten zu entnehmen. Es ist mit Grundwasserschwankungen zu rechnen. Infolge von Grundwasserschwankungen ist auch mit Setzungen und Schrumpfungen des Untergrundes zu rechnen. Aufgrund der bestehenden und künftig zu erwartenden Grundwasserstände ist eine Gründung von Gebäuden ohne Keller nicht möglich. Die Keller sind als wasserundurchlässige Stahlbetonwanne zum Schutz gegen Grundwasserauftrieb auszuführen.

In der Planzeichnung wird daher gemäß § 9 Abs. 5 BauGB der gesamte Geltungsbereich als Gebiet mit Grundwasserflurabstand gekennzeichnet.

**F Hinweise und empfehlungen ohne festsetzungscharakter**

*Deutsche Telekom*

*In allen Straßen bzw. Gehwegen sind geeignete und ausreichende Trassen mit einer Breite von mindestens 0,30 m für die Unterbringung der Telekommunikationslinien einzuplanen.*

*Kreis Bergstraße / Gefahrenabwehr/ - Brandschutz*

*Aus dem abweichenden Brandschutzkonzepten bestehen keine grundsätzlichen Bedenken gegen die Aufstellung des z.a. Bebauungsplanes.*

*Folgendes ist zu beachten:*

*1. Löschwasserversorgung*

*Zur Brandbekämpfung muss gemäß DVGW-Arbeitsblatt W405 eine Löschwasserversorgung von mindestens 96 m³/h über Stunden von 2 Stunden aus dem öffentlichen Trinkwassernetz sichergestellt werden. Bei der Löschwasserentnahme muss an jeder Stelle des Versorgungsgebietes ein Restdruck von mindestens 1,5 bar (max. 6 bar) sichergestellt werden.*

*Sofern die erforderliche Löschwassermenge nicht über das öffentliche Trinkwassernetz bereitgestellt werden kann, sind alternative Löschwasserentnahmestellen vorab mit der Abteilung Gefahrenabwehr/ Sachgebiet Brandschutz abzustimmen.*

*2. Flächen für die Feuerwehr*

*Für die Feuerwehr erforderlichen Flächen sind gemäß der „Richtlinie über Flächen für die Feuerwehr – Ausgabe" in der jeweils gültigen Fassung einzurichten. Weitergehende Anforderungen gemäß DIN 14090, Flächen für die Feuerwehr auf Grundstücken sind zu berücksichtigen und anzuwenden.*

*3. Zur Wirkung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung sind an allen Gebäuden Hausnummern gut sichtbar, dauerhaft und lesbar anzubringen. Die Hausnummern müssen von der Straßenseite aus gut erkennbar sein.*

*Verwässerungsgefährdetes Gebiet*

*Das Plangebiet liegt innerhalb des Geltungsbereiches des Grundwasserschutzfestsetzungsbereiches Hessisches Ried. Innerhalb des Planbereiches können daher bauliche Sicherungsmaßnahmen gegen Naturgewalten (hier, hohe Grundwasserstände) erforderlich werden. Der Bemessungswasserstand ist dem bei der Unteren Bauaufsichtsbehörde einsehbaren Gutachten des Büros Grundwasserabsenkung GmbH, Darmstadt (Bemessungswasserstände für Bauvorhaben), zu entnehmen. Es ist mit Grundwasserschwankungen zu rechnen. Infolge von Grundwasserschwankungen ist auch mit Setzungen und Schrumpfungen des Untergrundes zu rechnen. Aufgrund der bestehenden und künftig zu erwartenden Grundwasserstände ist eine Gründung von Gebäuden ohne Keller nicht möglich. Die Keller sind als wasserundurchlässige Stahlbetonwanne zum Schutz gegen Grundwasserauftrieb auszuführen.*

*In der Planzeichnung wird daher gemäß § 9 Abs. 5 BauGB der gesamte Geltungsbereich als verwässerungsgefährdetes Gebiet gekennzeichnet.*

*In diesem Zusammenhang wird darauf hingewiesen, die Ausführung der Keller als wasserundurchlässiger Stahlbetonkonstruktion ("weiße Wanne") vorzunehmen. In der Bauphase notwendige Grundwasserabsenkungen sind während dieser Vorgänge durch die Kreises Bergstraße, nach vorheriger Klärung der Ableitung des abgepumpten Wassers, zu genehmigen.*

*Kritik Kommunalverband hätten begründet.*

*Verzichtung von Wiederholtbaumasser*

*Durch geschlechtliche Bestimmungen wird empfohlen, nicht verunreinigtes Niederschlagswasser, welches nicht zurückgehalten werden kann durch Rigolen- oder Rohrrigolenanlagen zur Versickerung (§ 37 HWG) oder offenen Mulden/rinnen oder der Eingriff in den nicht überbauten Bereich der privaten Grundstücksfläche möglichst gering zu halten. Die Versickerungsanlagen sind nach den allgemeinen Regeln der Technik (Arbeitsblatt DVWA-A 138) zu bemessen und herzustellen.*

*Kompensation aus der Eingriffs-/Ausgleichsregelung*

*Die Kompensation der durch die Planung zulässigen Eingriffe erfolgt zum Teil durch die Maßnahmen im Teilgeltungsbereich 1 sowie insbesondere durch Maßnahmen auf den Ackerstufe in den Teilbereichen 2 bis 5. Der Teilgeltungsbereich 6 dient dem Ausgleich der Artenschutzbelange (Feldlerche, Rebhuhn, Grauammer, Wachtel, Turmfalke).*

*Der verbleibende nach der renaturierten Kompensationsverordnung ermittelte Kompensationsbedarf wird durch Zuordnung von 29.296 m² Ökokonto-17200 Maßnahme Nr. H_AG_505867 („Feldahorngarten") in Höhe von 17.866 Biotopwertpunkten ausgeglichen.*

*Als Maßnahme zur Vermeidung des Eintretens des Tötungsverbotes gemäß § 44 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG sind gemäß § 44 Abs. 1 Nr. 2 BNatSchG sowie des Beschädigungsverbotes nach § 44 Abs. 1 Nr. 3 BNatSchG sind Rodungsarbeiten auf den Zeitraum November bis Februar zu beschränken.*

*Artenschutz*

*Auf Grund der festgestellten besonderen artenschutzrechtlichen Relevanz wurde durch das Planungsbüro Gall, Landschaftsplanung und Ökologie, Butzbach ein Gutachten erstellt. Aus dem Gutachten wurden die Maßnahmen für die Verme